

Beschluß der Kommunistischen Partei Deutschlands:

Für die Wahl des Reichstagspräsidenten und die Ausschaltung der Hitler-Faschisten!

in Uebereinstimmung mit der kommunistischen Reichstagsfraktion hat das Zentralkomitee der KPD nachfolgenden Beschluß gefaßt:

„Die Arbeiterkraft einer großen Anzahl Betriebe in ganz Deutschland hat in den letzten Tagen zur Wahl des Reichstagspräsidenten und der Wahl des Reichstagspräsidenten Stellung genommen. An den Beschlüssen dieser Betriebsbeiräte kommt der einmütige Wille der Massenbewegten Arbeiterbewegung zum Ausdruck, durch den außerparlamentarischen Kampfsystem den Kampf der Kommunisten im Reichstag gegen den Faschismus und für die Interessen der Werktätigen zu unterstützen und fortzuführen. Darüber hinaus fordert die Arbeiterkraft von ihren Vertretern im Reichstag, dafür zu sorgen, daß bei der Wahl des Reichstagspräsidenten die des Arbeiterkampfes überführte Partei der Nationalsozialisten ausgeschlossen wird. Dieser Wille der Massenbewegten Arbeiterkraft und des werktätigen Volkes ist auch der Wille der kommunistischen Partei Deutschlands.“

Die KPD wird deshalb bei der Wahl des Reichstagspräsidenten im ersten Wahlgang für ihren eigenen Kandidaten stimmen

Sollte in diesem ersten Wahlgang der nationalsozialistische Kandidat durch das Verhalten des Zentrums nicht gewählt werden, so wird in dem dann notwendig werdenden zweiten Wahlgang die kommunistische Reichstagsfraktion, um die Wahl

eines Nationalsozialisten zum Präsidenten des Reichstags zu verhindern, ihre Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei abgeben. Die KPD erklärt dabei, daß sie durch diese Wahlnahme gegen die blutbefleckte, leistungsfähige Arbeiterorganisation der deutschen Bourgeoisie nicht im Widerspruch zu ihren kommunistischen Führern der SPD, des NSDAP und gegen deren Politik des Klassenkampfes als proletarischer und aller Werktätigen, gegen die Politik zur Verhinderung der revolutionären Einheit abzuschießen gedenkt.

Die KPD brandmarkiert erneut die Dienste, die der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe im vergangenen Reichstag für die Notverordnungsdiktatur der Brüning, Groener, Hindenburg und bei der Zerstückelung der letzten „Rechte“ der Werktätigen geleistet hat

Die KPD brandmarkiert darüber hinaus den neuen Verrat, den die SPD- und NSDAP-Führer im Kampf der Massen gegen die faschistische Diktatur durch ihre feige Kapitulation vor dem faschistischen Faschismus am 23. Juli, mit durch ihre Verhandlungen mit den Nazis über das neue faschistische Wirtschaftsprogramm verübt hatten. Durch

diese Praxis des Verrats werden die parlamentarischen Anträge der SPD-Reichstagsfraktion an den Massen entzogen.

Die KPD hat ihren Beschluß im zweiten Wahlgang den Kandidaten der SPD als Reichstagspräsidenten in Anspruch zu nehmen und unter den Bedingungen in Berlin in Stadt und Land auch im Reichstag zu unterstützen, daß die Partei der Kommunisten die einzige Führerin des antifaschistischen Kampfes ist, die diesen Kampf überall und zu allen Mitteln im Interesse der Freiheit der Arbeiterklasse führt.

Die KPD verbindet diese ihre Entschlossenheit mit erneuten Appell an die Massen der internationalen, Reichsbanner, freigewerkschaftlichen und kommunistischen Arbeiter, in ganz Deutschland, Schüler an Schulen und Kommunisten unter den siegreichen Führern der Arbeiterischen Aktion, den Kampf für die Beibehaltung der Diktatur für die soziale und nationale Befreiung des werktätigen Volkes, für den revolutionären Kampf der Arbeiter für eine freie sozialistische Arbeiter-Bauernrepublik zu führen.“

Berlin, 27. August 1932.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Chemiearbeiter! Jetzt stellt die Kampfeinheit her!

Düsseldorf, den 29. August.

H. W. Die Chemieunternehmen, namentlich die IG-Farben, haben angefangen, daß sie den Lohnstarif für die Sektoren V (Mitteldeutschland) als abgeschlossen betrachten. In diesen Tagen wollen sie den Tarifvertragsparteien die Bedingungen mitteilen, unter denen nach dem ersten September gearbeitet werden soll.

Damit ist ein neuer Lohnabbau, sind neue Tarifverträge für die über 20000 Chemiearbeiter angebrochen. Der unzulängliche Lohn soll noch weiter gesenkt, das Elend in den Familien der Fabrikarbeiter noch mehr gesteigert werden. Grenzlos ist die Prostitution der Arbeiterinnen der IG-Farbenbetriebe. Tausende Arbeiter, mit ihren Frauen und Kindern können zu Grunde gehen, wenn nur der Profit der Ausbeuter gesichert bleibt.

Bor drei Monaten erlud die werttätige Bevölkerung den Abschluß der IG-Jahre für das „Jahr“ 1931. 51 Millionen Dineranden, 56 Millionen Markforderungen. Jedes der 43 Betriebsräte erhielt durchschnittlich 140000 Mark Extraentgelt; 51 Aufsichtsratsmitglieder für 3-4 Sitzungen im Jahre, je 20000 Mark Aufwandsersatz. Aus der Handzahl von über 31 Millionen Mark am Ende des Jahres 1930 war ein Barguthaben von über 83 Millionen Mark geendet!

Woher kam dieser ungeheure Profit?
Natürlich aus dem Rücken der Arbeiter! Die Lohnsumme war von 304 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 241 Millionen 1931 zurückgegangen. Hinter diesen nackten Zahlen verbirgt sich die Lohnabbau, die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, die Massenentlassung von Arbeitern und Angehörigen.

Zusätzlich kam die Notverordnung mit 15 Prozent Lohnabbau. Allein dadurch wurden die Spigenlöhne von 106 Pf. auf 85 Pf. für Handwerker, von 84 auf 68 Pf. für Betriebsarbeiter, von 58 auf 47,5 Pf. für Arbeiterinnen gesenkt. (In Deuna 2 Pf. mehr.) Aber wieviel Arbeiter bekommen die „Spigenlöhne“? Dann gab es einen Abbau der Prämien, Bonuszahlungen usw. nach dem anderen. Am 1. Juni folgte der Wegfall der letzten Kurzarbeiterzulage von 4 Pf. pro Stunde.

Dagegen steigen die Beiträge für die Gesundheitsversicherungen der Chemiearbeiter für Krankenstandsbeiträge 3/4 Prozent, für Arbeitslosenversicherung 3/4 Prozent, für Arbeitslosenbeihilfe (Beschäftigtensteuer) 2/3 Prozent seines Lohnes. Mit den Beiträgen für Invaliditätsbeiträge über 10 Prozent seines Lohnes in die Kasse des „Beschäftigtenrates“.

Natürlich hat das Elend der Chemiearbeiter in Verbindung mit der Erwerbslosigkeit, der Kurzarbeit, der Steuererhöhungen, der teuren Waren Grenzen erreicht, deren Unterbrechung nur noch mit Barbarei beschieden werden kann. Nach Dr. Kauslitz ist das durchschnittliche Arbeitseinkommen der Chemiearbeiter seit dem Juli 1931 bis jetzt von 31,70 auf 22,56 W. zurückgegangen. Dies beweist, daß selbst die Betriebsleitungen sich nicht mehr ausreichen ernähren und fleiden können.

Bei dieser Tarifbewegung geht es aber um mehr, als nur um Lohnabbau. Es geht um die „Ausschaltung“ des Tarifes, um die Schaffung der Möglichkeit, untertarifliche Löhne zu zahlen. Dem Tarif steht der Unternehmer dem höchsten Mindestlohn wollen in die Unternehmern den höchsten Mindestlohn unter teure Grenze und Hemmungen haben. Die Unabhängigkeit der Löhne soll wegfallen, den Wertvereinbarungen soll Lär und Los geöffnet werden.

Selbst der „Proletariat“, die Zeitung des Fabrikarbeitervereins, bringt in Nr. 34 folgende Sätze:

„Also freie Bahn der Willkür der Unternehmer! Dem gleichen Zweck dient es, wenn die „Ausschaltung“ des Tarifvertragswesens jetzt eingeleitet werden soll. „Juridisch zum Weiterarbeiten“. Das ist die Lösung, Betriebe, deren wirtschaftliche Lage so bedenklich ist, daß ihnen die Bindung an die strengen Bestimmungen des Tarifvertrages „nicht mehr zugunsten“ werden kann, sollen aus einem Tarifvertrag ausweisen, um ihren Arbeitern niedrige Löhne zahlen zu können. — Das heißt Lohnabbau auf der ganzen Linie, und zwar vollkommen nach Wunsch und Willen der Unternehmer...“

Diese Sätze von Seiten der Gewerkschaftsführer oder erst zu nehmen oder gar zu glauben, daß bei den neuen Unternehmeran-

Kampf dem imperialistischen Krieg!

Der Antikriegskongreß in Amsterdam

(Vgl. Draht.) Amsterdam, den 28. August.

Dieser Kongreß, eine gewaltige Demonstration gegen den imperialistischen Krieg, ist gleichzeitig der Beginn einer gewaltigen Massenbewegung, die besonders in Frankreich, in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern heute schon breite Massen ergriffen hat. Über 2500 Delegierte sind zu diesem Kongreß unter größten Schwierigkeiten, ja, wie die Delegierten Italiens, Polens und Ungarns teilweise unter Lebensgefahr gekommen. Mehr als 30000 Organisationen und Betriebe haben sich für diesen Kongreß erklärt.

Am Sonnabend nachmittags, 14.30 Uhr, wurde der Kongreß eröffnet. Glänzende internationale Massen, wie Wang in Goffi, Komain Holland, Riaz Reiffin, Arabien Kaga, Katalana, sind neben vielen Betriebsarbeitern im Publikum vertreten. Mit höchstem Jubel begrüßt, hielt Henri Barbusse eine scharfe Rede gegen den Völkerverbund und den Weltkriegsplan. Die Miesengänge eines Krieges gegen die Semperanten hervorzuheben, rieferte der große Proleten einen Appell an alle Völker:

„Imperialisten wollen in der Blut und in ihrer Zehn. Wir vereinigen die Kopfe und die Hände aller Gegner des imperialistischen Krieges zum Kampf, um den Imperialismus zu schlagen.“

Ein Brief Komain Hollands, der wegen schwerer Erkrankung an der persönlichen Teilnahme an diesem Kongreß verhindert ist, wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Der der Resolution des Tageskongresses in Amst. Stellung brachte der Kongreß für die Demonstrationen gegen den Faschismus zum Ausdruck. Die Delegierten fordern heute das Veb der Revolutionäre Italiens, Kavaliera Kassa („Die rote Fahne“). Es sprachen dann nacheinander der Präsident des indischen National-Kongresses, Partei,

griffen die Gewerkschaften den Kampf aufnehmen würden, wäre direkt verhängnisvoll für die Fabrikarbeiter. Wodurch aber, als diese Sätze im „Proletariat“ kamen, haben die Verbandsleiter des Fabrikarbeiterverbandes (sich beim Haupttarifamt in Berlin für den Besitz haben außer einem Lohnabbau von 5 Prozent für Arbeiterinnen ab 1. Juli und der Verkürzung der Sozialzulage ab 1. Oktober 1932 dem bekanntem Absatz in freiwilliger Vereinbarung zugestimmt:

„Beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse können durch Beschäftigung zwischen Betriebsleitung (!) und der geistlichen Betriebsvertretung unter Zinsung der beiderseitigen Organisationsleiter Lohnhöhe vereinbart werden, die unter den Tariflöhnen liegen... Kommt es zu keiner Einigung, dann können die tariflichen Schlichtungsinstanzen angerufen werden.“

Die Verbandsdelegierten des FAW können also auch in der Frage der von den faschistischen Unternehmern geforderten „Auslöschung“ der Tarifes das „Verdienst“ auf sich nehmen, den ersten Schritt zur Durchführung der Unternehmerroutine gemacht zu haben. Das Willkommen von Baden ist das beste Material für die faschistischen Pläne der Papen-Regierung, die jetzt in ihrem Arbeitsprogramm (entw. durch Notverordnung) die „Reform des Tarifwesens“ durchführen will.

Die Abmachung von Baden und die Tatsache, daß dieser Auslöschungspartagrat vor dem Haupttarifamt in Berlin abgeschlossen wurde, zeigt die Rolle der FAW-Führer und die Gefahr für die mitteldeutschen Chemiearbeiter. Wenn es nach dem Willen der Schneider, Müller, Krause und Neufel geht, dann kommt die Tarifbewegung für Mitteldeutschland vor dem Haupttarifamt. Dann werden die Bruns und Co. erklären, was für Baden „richtig ist, ist für die Sektoren V billiger.“

Jetzt steht also schon fest, daß die Gewerkschaftsführer wieder ihre Politik der Zustimmung zum Lohnabbau, zur Verkürzung der Tarifes fortsetzen werden. Sie werden die Chemiearbeiter nicht mobilisieren, je nicht einmal ihre eigenen Mitglieder.

der Vertreter der japanischen Proletariat, Katsuzumi, Führer der englischen Blütenzweier von Anjouden, sprachen Arbeiter aus den Kämpferländern Deutschlands, Frankreichs und der Tschechoslowakei, Cadin, Bidet und Wingenberg, behaupteten, die präzisierten Kampfe gegen den imperialistischen Krieg sei noch nicht beendet.

Jetzt steht fest, daß der ein glänzender Erfolg Kampf gegen den imperialistischen Krieg Ziellos sein würde, ihn die antimperialistische Bewegung einen gewaltigen Aufstieg erleben.

Kein Unterdrückungsabbau im Sanitär

Wie aus nach Redaktionsschluss mitgeteilt wird, ist der zentrale Vorhaben des Kreisratsschiffes Halle (Saale) Genuelle Lambert, Zehrer, ein Verlangen, ein Verlangen, daß die Senkung der Richtgröße für die Wohlfahrtskassen unterbietet. Bekanntlich ist der Sanitär des Sanitärer, abgelehnt. Die leitenden Vorhaben der Sanitärer, abgelehnt und teilweise des Sanitärer hat unter dem Beschluß des Kreisratsschiffes vom 17. August diesen Monat. Sozialistische bauen Unterdrückungsabbau ab, dass sie verfügen: Unterdrückungsabbau wird nicht gemacht.

Demonstrationen und Zusammenkünfte

In Breslau kam es am Freitag zu spontanen Demonstrationen der Arbeiter gegen die Professozenten und die Justizhaus- und Gefängnisverhältnisse der Arbeiterdemonstration. Dabei kam es zu Zusammenkünften sämtlicher Arbeiter- und Arbeiterdemonstrationen. Drei Tagungssitzungen, ein Nationalsozialist schwer verlegt. Eine Anzahl der Fronten wurde verhaftet.

Dies ist es nur recht, wenn sie von den Unternehmern „tuppelt“ werden. Die Ausschaltung der NSG-Betriebe vor Reuna-Beschäftigtenverordnungen (trotz des geforderten „Stilles“ bei den Einheitslöhntarifverhandlungen), die Löhne ab zu schneiden und Co. in den Verordnungen kein Wort an Arbeiter gelegt haben, was nun werden soll, die Höhe, daß der FAW bis jetzt in keiner Mitarbeitervereinsparteitarifbewegung Stellung genommen hat, unterdrückter Tarifkontrolle der Verbandsleiter.

Um so mehr müssen die Fabrikarbeiter selbst ihr Geld in die Hand nehmen. Gemeinsam mit der KPD und der kommunistischen Partei müssen freigewerkschaftliche, christlichen und ungewerkschaftlichen Kampffronten schließen, die die Unterdrückungsabbau zurückzuführen. Jetzt alle die zusammengefasst, die gemeinsam die Einheitsfront schaffen wollen. Die vorhandene Zahl der FAW-Mitglieder über das Schandabkommen in Sanitär angekauften Kampfrufe der Chemiearbeiter des Betriebsleiters in Halle-Baden über die neue angebrochenen Verhandlung müssen zusammengefasst werden, um eine unterdrückte Mehrheit gegen Lohnabbau und Faschismus zu bilden.

Fabrikarbeiter! Jetzt nehmt in den Betrieben und Kassen Stellung. Beschließt den Kampf, schafft einheitliche Kampfrufe, freigewerkschaftliche Erzwang Mitgliedervereinsparteitarifbewegung und jetzt auch dort durch, daß durch Beschluß einseitig jede weitere Verkürzung auf alle Fälle mit allen zurückgewiesen wird. Die Betriebsleitervereinsparteitarifbewegung müssen zusammengefasst werden, um eine unterdrückte Mehrheit gegen Lohnabbau und Faschismus zu bilden. Fabrikarbeiter! Jetzt nehmt in den Betrieben und Kassen Stellung. Beschließt den Kampf, schafft einheitliche Kampfrufe, freigewerkschaftliche Erzwang Mitgliedervereinsparteitarifbewegung und jetzt auch dort durch, daß durch Beschluß einseitig jede weitere Verkürzung auf alle Fälle mit allen zurückgewiesen wird. Die Betriebsleitervereinsparteitarifbewegung müssen zusammengefasst werden, um eine unterdrückte Mehrheit gegen Lohnabbau und Faschismus zu bilden.

Gegen jeden Pfennig Lohnabbau.
Gegen jede Verkürzung des Tarifes und jede Unterdrückung.
Gegen Entlassungen — für Lohnausgleich bei Rostung.

Im Namen des werktätigen deutschen Volkes erhebt die KPD. ihre Kampfforderungen

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die allein die Masseninteressen des deutschen Proletariats und zugleich die Lebensinteressen des gesamten werktätigen Volkes von Deutschland vertritt, hat erneut die Forderungen aufgestellt, wie sie die Lage des arbeitenden Volkes erheischen.

Indem die KPD. durch die kommunistische Reichstagsfraktion diese Forderungen für das werktätige Volk als Anträge an den Reichstag einreichen läßt, erklärt sie vor den arbeitenden Massen:

Seid euch bewußt, daß diese Anträge Kampfforderungen der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen werktätigen Massen sind, die nicht durch die „Parlamentsarithmetik“, sondern allein durch die Kraft der außerparlamentarischen Massenbewegung entschieden werden!

Macht die arbeitenden Massen mobil für ihre Kampfforderungen! In allen Betrieben und Massenorganisationen, in allen Orten, in Stadt und Land, nehmt Stellung und faßt eure Kampfschlüsse! Tretet geschlossen hinter die Kommunistische Partei und ihre für das werktätige Volk erhobenen Kampfforderungen! Tragt die Antifaschistische Aktion vorwärts und helft die Millionenmassen in der roten Einheitsfront zu sammeln, deren Kraft allein die Gewähr des Sieges gibt!

Fort mit dem Kabinett Papen!

Antrag Thälmann, Torgler und Genossen:

Der Reichstag entzieht der Reichregierung von Papen das Vertrauen

Der Reichstag entzieht dem Reichsinnenminister von Papen das Vertrauen.

Der Reichstag entzieht dem Reichswehrminister von Schleicher das Vertrauen.

Der mit Militärgewalt eingesetzte Reichskommissar für Preußen und die ebenso eingesetzte kommissarische preussische Regierung sind sofort zurückzuziehen.

Aufhebung der Papen-Notverordnungen!

Die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 35, Seite 273) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Schluß mit dem Arbeitsdienst!

Die Verordnung über den „freiwilligen“ Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 45, S. 352) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Demonstrationsfreiheit für die Arbeiterklasse!

Das von der Reichregierung am 18. Juli 1932 ausgedehnte Demonstrationsverbot ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Fort mit den Sondergerichten!

Die Verordnung der Reichregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 9. August 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 54, S. 404) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Aufhebung der Anbelagerungsgehe gegen die Arbeiterklasse!

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausreitungen vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 36, S. 297) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Die zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausreitungen vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 40, S. 339) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Terror vom 9. August 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 54, S. 403) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Kieder mit Hitlers Mordbanditen!

Die SA- und SS-Formationen sind mit sofortiger Wirkung zu verbieten;

die Länderregierungen werden bindend verpflichtet, bereits vorgekommene Einstellungen von SA- oder SS-Reuten oder sonstigen Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei als Hilfspolizisten sofort rückgängig zu machen. Auch für die Zukunft sind solche Einstellungen grundsätzlich verboten.

Aufhebung des RGB-Verbots!

Die Reichregierung wird aufgefordert, die Länderregierungen zu veranlassen:

1. mit sofortiger Wirkung das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes aufzuheben;

2. mit sofortiger Wirkung alle Demonstrationsverbote aufzuheben;

3. mit sofortiger Wirkung alle Verbote kommunistischer Zeitungen aufzuheben;

4. mit sofortiger Wirkung die postseitige Überwachung aller Arbeiterversammlungen (öffentliche Versammlungen, Mitgliederversammlungen, Belegschaftsversammlungen) einzustellen.

Aufhebung des Freidenker-Verbots!

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der kommunistischen Gottlosenorganisation vom 3. Mai 1932 (Reichsgesetzblatt I, S. 185 bis 186) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Schluß mit den Fiskusrenten!

Ausweisung der Fiskusrenten aus Deutschland

Die Reichregierung wird aufgefordert, dem Reichstag unverzüglich ein Gesetz vorzulegen, das folgende Bestimmungen enthält:

1. Sämtliche Zahlungen des Reiches und der Länder an Mitglieder vormals regierender fürstlicher und bündischer Familien sind mit sofortiger Wirkung einzustellen.
2. Alle Mitglieder vormals regierender fürstlicher und bündischer Familien sind aus dem Reichsgebiet auszuweisen. Ihr gesamter beweglicher und unbeweglicher Besitz ist vom Staat zu beschlagnahmen.

Keine Subventionen an die Reichen!

Die Gewährung von direkten und indirekten Subventionen an Banken, Industrie- und Verkehrsunternehmungen sowie an den Großgrundbesitz ist sofort einzustellen.

Gegen die Diebengehälter!

Die Gehälter der Direktoren und Inhaber solcher Banken und Wirtschaftsinstitute, die aus Reichs- und Staatsmitteln subventioniert wurden, dürfen im Höchstmaß 7200 Mark im Jahre betragen.

Zerreißen des Tributvertrags!

1. Der in Eiderstedt mit Hitler abgeschlossene neue Tributvertrag von Lausanne wird nicht durchgeführt;
2. der Youngplan und alle darauf basierenden Gesetze (Reichsbankgesetz, Reichsbankgesetz usw.) sind für null und nichtig zu erklären;
3. die Zinsleistungen für die Dawes- und Younganleihe und die Zahlungen aus weiteren politischen Verträgen (Zahlungen an die Vereinigten Staaten, Deutsch-Belgische Mark-Abkommen) sind mit sofortiger Wirkung einzustellen;

Sort mit den Klassensteuern!

In Anbetracht der ungeheuerlichen Verschwendung der werktätigen Massen Deutschlands werden die folgenden Steuern mit sofortiger Wirkung aufgehoben:

- a) Abgabe zur Arbeitslosenhilfe (Wohlfahrtssteuer),
- b) die Ledigensteuer,
- c) die Umlagssteuer,
- d) die Zudecksteuer,
- e) die Salzsteuer.

Die Lohnsteuer wird aufgehoben. Gleichzeitig wird das steuerfreie Existenzminimum für alle Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Jahreseinkommen von 5000 Mark auf 2400 Mark erhöht; die bisher für die Lohnsteuerpflichtigen geltenden sozialen Abzüge gelten für alle Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Einkommen von 5000 Mark.

Die Erhebung von Bürgersteuer (Kotenerordnung vom 26. Juli 1930 und 1. Dezember 1930) wird mit sofortiger Wirkung eingestellt. Den Gemeinden wird jede weitere Erhebung von Bürgersteuer unterlagt.

Den Gemeinden ist als Ersatz für den Ausfall an Bürgersteuern aufkommen vom Reich ein Betrag von 300 Millionen Mark zu überweisen, der durch Abträge im Etat der Reichswehr und der Reichsmarine freizumachen ist.

Rückzahlung zweier gezahlter Lohnsteuer

Alle zweifach gezahlten Lohnsteuerbeträge sind zurückzuführen. Bei 50 des Einkommensteuerertrages ist dementsprechend wieder in Kraft zu setzen.

Zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten erhalten Gemeinden und Gemeindeverbände vom Reich einen Betrag von 60 Millionen Mark, der anstatt aus dem Wegfall der Lohnsteuererstattungen durch Abträge im Etat der Reichswehr und der Reichsmarine aufzubringen ist.

Aufhebung der Schlafsteuer

Der Reichstag wolle beschließen:
Die Reichregierung aufgefordert, auf die Länderregierungen dahin zu wirken, daß die Schlafsteuer als eine die Lebenshaltung der Wohn- und Gehaltsempfänger verteuern und die Erhaltung der Klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften schwer schädigende Steuer nicht erhoben werden darf.

Die Reichen sollen zahlen!

1. Alle Vermögen von natürlichen und juristischen Personen über 500 000 Mark werden einer einmaligen Steuer von 20 Prozent unterworfen.
2. Alle Duldenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinnen bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer von 20 Prozent der Ausschüttung (Dividendensteuer) unterworfen.
3. Alle Aktivistensysteme und ähnliche Vermögensanlagen einer Sondersteuer in Höhe von 20 Prozent
4. Alle Einkommen über 50 000 Mark werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 Prozent jährlich belegt.

Offenlegung der Steuerlisten

Die Steuerlisten von allen Steuern von Einkommen und Vermögen sind zur öffentlichen Einsicht auszuliegen.
Die Offenlegung erfolgt nach Beendigung der Veranlagung während zweier aufeinanderfolgenden Wochen loush am Sitz des zuständigen Finanzamts wie in der Gemeinde, mo die betreffenden Steuerpflichtigen ihren Wohnsitz oder Betriebssitz haben. Die Finanzämter bestimmen durch öffentliche Bekanntmachung Ort und Zeit der Offenlegung.

Senkung der Mieten!

1. Die Mieten für Mietwohnungen, sowie für Neubauten werden sofort auf 75 vom Hundert der Friedensmieten herabgesetzt.
2. Erwerbslose, Kurgarbeiter, Sozial- und Kleinrentner, Krisen- und Wohlfahrtsempfänger sind sofort von der Mietzahlung zu befreien. Für Hausbesitzer, deren Jahreseinkommen aus Arbeit oder sozialer Rente weniger als 5000 Mark beträgt, müssen die Gemeinden Mietausfälle insoweit ersetzen, als dies zur Erhaltung ihrer Hausbesitzes notwendig ist.
3. Alle Zwangsversteigerungen gegen werkhätige Mieter von Wohn- und Kleinvermietungen sind verboten.
4. Mieterrechts- und Mietrechtsverfahren sind für alle Mieterrechtsfälle (einschließlich Neubautenwohnungen, Gewerberäume und Untermietverhältnisse) nach ihrer ursprünglichen Fassung wieder herzustellen.
5. Die Hauszinssteuer ist zugunsten der Mieter sofort aufzuheben.

Austritt aus dem „Völkerbund“!

Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund ist sofort zu vollziehen.

Die Internationale Sozialistische Bewegung
... im Namen des werktätigen deutschen Volkes
... erhebt die KPD. ihre Kampfforderungen
... Fort mit dem Kabinett Papen!
... Antrag Thälmann, Torgler und Genossen:
... Der Reichstag entzieht der Reichregierung von Papen das Vertrauen
... Der Reichstag entzieht dem Reichsinnenminister von Papen das Vertrauen.
... Der Reichstag entzieht dem Reichswehrminister von Schleicher das Vertrauen.
... Aufhebung der Papen-Notverordnungen!
... Die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 35, Seite 273) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
... Schluß mit dem Arbeitsdienst!
... Die Verordnung über den „freiwilligen“ Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 45, S. 352) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
... Demonstrationsfreiheit für die Arbeiterklasse!
... Das von der Reichregierung am 18. Juli 1932 ausgedehnte Demonstrationsverbot ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
... Fort mit den Sondergerichten!
... Die Verordnung der Reichregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 9. August 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 54, S. 404) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
... Aufhebung der Anbelagerungsgehe gegen die Arbeiterklasse!
... Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausreitungen vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 36, S. 297) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
... Die zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausreitungen vom 28. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 40, S. 339) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
... Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Terror vom 9. August 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 54, S. 403) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
... Kieder mit Hitlers Mordbanditen!
... Die SA- und SS-Formationen sind mit sofortiger Wirkung zu verbieten;
... die Länderregierungen werden bindend verpflichtet, bereits vorgekommene Einstellungen von SA- oder SS-Reuten oder sonstigen Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei als Hilfspolizisten sofort rückgängig zu machen. Auch für die Zukunft sind solche Einstellungen grundsätzlich verboten.
... Aufhebung des RGB-Verbots!
... Die Reichregierung wird aufgefordert, die Länderregierungen zu veranlassen:
... 1. mit sofortiger Wirkung das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes aufzuheben;
... 2. mit sofortiger Wirkung alle Demonstrationsverbote aufzuheben;
... 3. mit sofortiger Wirkung alle Verbote kommunistischer Zeitungen aufzuheben;



Die werklätige Frau

Frauenstreik und Krieg

Erebnisse aus dem Munitionsstreik 1918

(ArbeiterInnenkorrespondenz)

Der Krieg nahm kein Ende. Ausschngung und Übermdet, von Angst gequält um unsere Manner, Söhne und Brüder, hasteten wir Munitionsbetriebnerin täglich an unsere schwere Arbeit. Immer oder hatten Schreie durch die einzelnen Abteilungen: „Mein Mann ist tot! Mein Bruder verwundet! Was soll aus uns werden?“ Sehnen nach Frieden, daß gegen die Urheber des Krieges machte sich in den Diskussionen während der Arbeitszeit bemerkbar. Wir waren wie verlorbene Tiere, die der Jäger umstellt hat. In jeder von uns wühlte die Frage: „Wie ist ein Ende herbeizuführen und was kann ich dazu tun?“

„Friede muß werden“

Eine Kollegin, deren Mann Urlaub gehabt hatte, erzählte: „Mein Mann sagte, die Soldaten hätten genug vom Krieg! Aber allein könnten sie nichts machen. Wir mühten ihnen helfen und die Produktion von Munition verweigern. Aufmerksam hörten wir zu. „Die ein Postkutsche ging's durch die Abteilung. Wie sollten helfen. Aber wie? Wir beschloffen, die Männer zu fragen. Aber die drückten sich um die Antwort herum. Meine Kollegin meinte: „Das sind ja lauter Reklamierer, die haben Angst, sie werden ein-gezogen.“ Dielelbe Kollegin hatte noch im November, als ich ihr ein Mittelungsblatt der USPD gab, ganz entrüstet erklärt: „Das ist gutlos, was da fecht. Solche Sachen läßt der französische Generalstab verteilen, daß wir den Mut zum Durchhalten verlieren.“ Sie wurde aber anderen Sinnes, als ihr Mann verschütet wurde, und lange im Lazarett lag. Erst kam sie täglich mit verweinten Augen, dann sagte sie eines Tages zu mir: „Halt da nicht noch so eine Zeitlang? Die haben doch recht. Frieden muß werden, sonst werden noch mehr Menschenleben gemordet.“

Nächtliche Versammlung

Eines Tages lösten wir in der Mittagspause beisammen. Eine Kollegin meinte, ein Kollege trat heran und flüsterte: „Wer Schlag machen will mit dem Krieg, der muß für den Streik reden!“ Wir begriffen, was zu tun war. Wir verabredeten, uns nachts 2 Uhr hinter der Mauerabschleife bei der Seilzug zu treffen. Dort frohen wir unter die Heizung. Das fiel nicht auf. Wir wärmten uns auf diese Art, taten, als ob wir schliefen. Der Kollege erzählte im Flüsterton, daß es auch bei Rapp und Waffel, ebenfalls Munitionsfabriken, Kollegen und Kolleginnen gebe, die streiken wollten. Wir mühten mit ihnen zusammenkommen, um den Streiktermin und andere Vorbereitungen zu treffen. Wir waren einverstanden.

Inzwischen war es schon Januar geworden. Jeden Tag gab es Tränen, Schmachtden vor Hunger und Geleekelung. In allen Augen glodete die Angst. Montags war es immer besonders lebendig im Betrieb. Da jammernten die Mütter, die Hundebunde gelaufen waren, um bei den Bauern ein Brot, Erdbein oder Kar-

toffeln zu kaufen. Beim Einsteigen wurde ihnen alles wieder von der Kontrolle abgenommen.

Wir diskutierten mit diesen Frauen und zeigten den Krieg als Ursache des ganzen Jammers und seine Beendigung durch den Streik. Bald wurde in der ganzen Abteilung flüsternd gesprochen: man mühte streiken, alle Frauen und alle Reklamierer. Die Soldaten haben auch schon lange genug. So arbeiteten wir jeden Tag.

Drei Christfeste waren für uns. Sie gingen von Waffeln zu Waffeln und redeten ganz harmlos von den schönsten Zeiten, vom Krieg, vom schlechten Brot. Wenn dann die Frauen jammernten, flühten sie sich weiter vor. So nachden, was sie antworteten, teilte er uns dann das Ergebnis mit und wir gingen hin und bearbeiteten die Frauen weiter. Wir waren so vorständig, daß im Falle einer Demunziation weiter nichts herauskommen konnte, wie „Gejammere“ und „Weibergeschwäg.“

Streik

Abends kamen wir umschichtig in den Wohnungen zum „Staat“ zusammen. Arbeiter von Rapp und Arbeiterinnen von Waffel teilten mit, wie es in ihrem Betrieb steht. Es wurde beschloffen, den Streik für die nächste Woche vorzubereiten. Erst war in den Betrieben und auf dem Nachhauseweg schon das allgemeine Gespräch: der Streik.

Am Mittwoch kam in der Mittagspause eine Delegation der Rapp-Befehlshaber und rief über den Zaun: „Wir freuten! Der Krieg muß aufhören!“ Alles lief zum Zaun und kletterte hoch. Spontan riefen viele Frauen: „Wir streiken auch! Wir lassen euch nicht im Stich!“ Wir waren leiser erlautet über den Mut der Frauen. Als nun die Arbeit wieder begann, herrschte Siechtigkeit. Von einer Waffeln zu anderen ließen unsere Leute. Der Großteil aller Frauen war bereit, sofort den Betrieb zu verlassen. Die Männerabteilung hielt sich noch zurück. Einige riefen uns zu: „Los! Ihr Weiber müht anfangen, ihr werdet nicht eingezogen!“ Es wurde Abend. Die Nachschicht war mit streikenden eintritten, ging aber in den Betrieb hinein. Heraus kam feiner Nebel. Die Verbandsbureauksleute hatten sich bereit, da zu bleiben. Die Verbandsbürokratie hätte schon ihre Finger im Spiel.

Am anderen Morgen fand ein Massenmeeting auf der Terrassen-terrasse statt. Voll Begeisterung waren wir alle, wir wollten doch recht ein Ende machen mit dem Krieg! Alles wollten wir tun, nichts fürchten. Ein Mann zog aus einem Koffer Flugblätter, die mit alle schon verteilt. Wir waren mit ein einziger Mensch. Dann marschierte eine riesige Demonstration durch die Stadt zum Gewerkschaftshaus. Von 9 Uhr vormittags bis abends 7 Uhr warteten wir er hoffnungsvoll, dann verweilte. Es mühten doch die Führer kommen und uns sagen, was wir tun sollten! Niemand kam. Alle möglichen Gerüchte wurden erzählt. Ein alter Mann schrie: „Unsere Führer spielen mit den Kriegsgewinnlern unter einer Decke!“ Andere riefen: „So schließt können sie doch nicht sein! Sie müssen doch ein Herz haben für unsere Not!“ Unzufriedenes Durcheinander herrschte. Müde und hungrig gingen wir endlich

fort. Wir konnten gar nicht glauben, daß wir verlassene sind. Alle spürten wir aber:

Es geschieht was hinter unserm Rücken! — Unsere Gewerkschaftsführer betrügen uns!

Abends um 8 Uhr war Befehlshaberverammlung. Es kam Kuer von der USPD. Er appellierte gelidigt an unser Gefühl und leien gute, tapfere Frauen. Aber jetzt mühte man genau darüber und nicht über das Ziel hinauszuweichen. Wir wollten, wir Männer wurden helfen? Wenn wir jetzt in den allgemeinen Streik treten würden, hätten unsere Manner keine Waffen mehr zu streifen schigt sie und uns dann alle tot.“ Die brave Führer, wollten mit dem bairischen König verhandeln. Er war vom Kaiser verlangen, daß er sofort ein Friedensangebot mache.

Uns allen gefiel das gar nicht. Das Gefühl, das er betrug, wurde fürter. Es gab erregte Zusichengänge. „Für deinen biden Bauch kennst feine Rot!“ „Mein Mann hat ein rechtzu Fuß verloren!“ „Mein Sohn ist ein Krüppel!“ „Brot und Brot wollen wir!“ Freund Müller rief: „Wir mühten lange streiken, bis Frieden ist! Er betrug uns ja!“

Kuer redete dann weisebzig, daß er schon im Gespräch gefessen habe für uns und daß er ergaut ist im Dienste der Arbeiter. . . . Die Stimmung schlug um. Der Kollege wurde betraute hinausgeworfen. Viele schloffen die Türen. Frau schrie: „Aber jetzt noch für den Krieg ist! Mühte mich, das sind ja feine Mütter und Menschen mehr! Mühte sich, bin doch alle für den Frieden. Nur darf man nicht so hastig sein. Dabei kommt nichts heraus. Geht morgen alles in den Betrieb und vertraut unseren bewährten Händen alles an. Ihr ihr das!“ Wir waren müde und wußten keinen Ausgang zu schweigen.

So wurde in Münden der Munitionsarbeiterinnenstreik vorbereitet und . . . abgemüht. Wir Frauen erkannten unser Kampfmacht noch nicht, begriffen noch nicht klar, daß in den Betrieben der Angelpunkt war, von dem aus wir den Krieg bekämpfen konnten, daß der Streik unsere mächtige Waffe war.

Heute wie damals

Heute leben wir im „Frieden“. Ist es wirklich ein Heile-stein! Im Kapitalismus gibt es keinen Frieden zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern. Der Kapitalismus geht weiter. Der Faschismus baut die Löhne ab, raubt die Friedenslungen, organisiert die Zwangsarbeit.

Wieder lesen sozialdemokratische und christliche Zet-ten bereit, um uns geblüht, verhandlungsbereit, zu willigen Dingen folschifflicher Raubziege zu machen.

Wieder bereiten Unternehmern, Generäle und verheiratete Führer einen Krieg vor, der das Proletariat und besonders die Frauen ins Herz treffen soll. Er wird sich richten gegen die Compektion, das Land der befreiten Frau. Kolleginnen! Ich habe gelernt aus den Erfahrungen der Munitionsbetriebnerin: Wollen wir den Faschismus vernichtet schlagen, wollen wir die Kriegspläne zunichte machen, wollen wir der Ausbeuterin und dem schändlichen Verrat ein Ende machen, wollen wir den neuen Vohndabbau abwenden, dann müssen wir die Betriebe und die Anwendung der wichtigsten proletarischen Waffe im Kampfe: den Streik, gewinnen!

HECKE für proletarische Kinder!

Hoch der 18. Internationale Jugendtag

Am nächsten Sonntag begeht die Arbeiterjugend der ganzen Welt ihren Internationalen Jugendtag zum 18. Male. Ueber allen Städten und Dörfern wird das Banner der KJL wehen.

Was der 1. Mai für alle arbeitenden Menschen bedeutet, das bedeutet der Jugendtag für die Jungarbeiter: Kampf für Arbeit und Brot, für den Schutz der Sowjetunion, für den Sozialismus. Seine Geschichte beginnt am 3. Oktober 1915, als die Proletarier der ganzen Erde sich für den Geldsack der Reichen gegenseitig den Schädel einschlugen. Dieser erste Jugendtag war die erste internationale Protestaktion gegen den Weltkrieg.

Siebzehn Jugendtage hat die Welt erlebt. Noch nie hatte er solche Bedeutung wie der diesjährige. Noch nie war die Kriegszugefahr für die Sowjetunion so groß wie jetzt.

Wir proletarischen Kinder sind natürlich dabei! Jetzt sind wir noch Kinder — doch Ostern verlassen wieder hunderten-tausende die Schule. Was ist dann los? Gibt es Arbeit für uns? Werden wir etwas lernen?

Nein! Wir werden in die Arbeitsdienstarmee hineingesteckt werden. Wir werden schufen müssen — und hungern! Prügel und Strafen, Anschauereize und Unterdrückung werden uns auch weiterhin begleiten.

Brot und Freiheit haben nur die Jungarbeiter und die Kinder in der sozialistischen Sowjetunion. Dort marschiert am nächsten Sonntag eine freie, gesunde und glückliche Jugend.

Meine erste Arbeitsstelle

Ich wurde als Vierzehnjähriger mit 15 anderen Jungen, die alle größer und stärker waren als ich, vom Arbeitsamt Königsberg aufs Land vermerkt. Wir trafen am 8. Juli morgens auf dem Hauptbahnhof zusammen und fuhren von dort nach Lötzen.

Dort wartete am Bahnhof ein Jugendleiter vom Arbeitsamt Lyck, der uns in Empfang nahm. Hier war eine Anzahl Bauern, die wählen konnten, wen sie von uns haben wollten. (Also wie auf dem Sklavenmarkt.) Ich selbst kam zu einem Bauern nach dem Dritte Papradken. Ich sollte da den „hohen“ Lohn von 20 Pfennig pro Tag oder 6 Mark monatlich erhalten. Der Jugendleiter des Arbeitsamts Lyck gab dem Bauern einen Zettel, auf dem oben stand, daß ich morgens um 6 Uhr aufstehen hätte. Die Wagenfahrt mit dem Bauern vom Bahnhof bis zu seinem Gut dauerte mindestens zwei Stunden, in welcher Zeit er mit mir kein Wort wechselte. Auf dem Gut trafen wir unfähig um 3 Uhr ein. Ich erhielt dort Mittag. Aus meinem Teller kamen drei Frauen die Suppe schmecken. Mir wurde ganz übel dabei. Da dies der Reisetag war und ich von morgens 5 Uhr auf den Beinen war, war ich der Meinung, daß ich den Rest des Tages zum Einleben für mich frei haben würde. Aber weit gefehlt! Nach dem Essen wurde ich mit Aufräumungsarbeiten auf dem Hofe beschäftigt, so daß ich einen Tag von morgens 5 Uhr bis abends 10 Uhr hinter mir hatte. Das hat für einen Jungen, der 84 Pfund wiegt, doch nur eine Kleinigkeit!“

Und nun die Schlafstätte. Ich kam in ein Bett, in dem bis dahin nur eine weibliche Person geschlafen hatte, ohne daß die Bettwäsche erneuert wurde. In demselben Raum schlief noch eine männliche Person. Da nur zwei Betten vorhanden waren, mußte das Mädchen jetzt mit dem Manne in einem Bett zusammenschlafen. Meines Erachtens war es Mand und schlecht. Außerdem befand sich in dem Raum noch eine Bruststille für Gefügelt, das in einem Wasserkessel untergebracht war. Durch das Gezwitscher und Geleppe konnte ich lange nicht einschlafen. Als ich gegen morgens doch etwas eingeschlafen war, kam um 5 Uhr der Bauer und weckte mich zur Tagesarbeit. Gleich nach dem Verzehren des Frühstückes (Mus) mußte ich das Vieh aus dem Stall zur Weide treiben. Als ich das Vieh auf

der Weide hatte und ich der Meinung war, daß man mein tierische Dienst als Viehhüter beginnen würde, kam der Knecht mit einer Fahre Dung und sagte: „daß ich den Dung abfahren sollte. Ich mußte dann mit dem Knecht zum Hof zurückfahren. Von dort mußte ich mit einer frischen Fahre allein hinausziehen und allein abladen. Ich legte mich mit meinen 84 Pfund ebenfalls in den Zeug und schaffte bis Mittag drei Fahren. Ich war nach der Meinung, daß ich als Schwerarbeiter in aller Ruhe drei Fahren verzeihen könnte, aber weit gefehlt. Jetzt lag der eigentliche Dienst als Viehhüter wieder an. Ich mußte das Vieh von der Weide zum Garten treiben. Im ganzen hatte der Bauer 15 Kühe, 2 Bullen und 25 Schafe. Während das Vieh gemästet wurde, wurde mir mein Mittag nach dem Viehgarten zugebracht, das ich dort verzehren mußte. Nachmittags wurde ich das Vieh wieder zur Weide treiben und dann wieder Dung fahren. Ich zog es aber vor, mich aus dem Stabe zu machen. Nebenbei bemerkt, habe ich diesen Bauern noch von weitem hoch zu Roß auf dem Felde geschaut. Soviel ich feststellen konnte, waren dort drei männliche und zwei weibliche Personen beschäftigt. Diese fünf Menschen müssen den Bauern, der ein richtiges Dronhendasein führt, ernähren.



Telegramm
berlin
rüstet überall zur
12. internationalen
kinderwoche vom 2. bis 16. oktober
Verantwortlich: Alfred Wandtke, Berlin

Genera
Ieder 200
S. 27.
Kriegsgebi
in den G
den sich
wies
Gleich bei
genau. Die
„Gern
Blancher, den
eigenen Stimmung
streicher nicht
Die Arbeiter
Abend sollte die
sonnen entlassen
Das Gebirg
wagte Auf
hat bereits ent
Man erwartet
Unterstützer in
S. 27. U
in beigew
Bewegun
des Politzer
ziehen. Mit
un, be
werden, es
werden ber
Die Ge
beglücken
sich bei
Wenigstens
ber G
ist es, a
in D
die Weid
die sich
aufgehört
wird ge
wurden als
kranke
Eine Zwo
des Kap
in die
in den
W
zu unter
er jagt
diesen
oben der
Willen d
Anwalte
Streik zu
ermächte
weillich
erklärt
Auf solche
eine St
die Sch
haben
Die he
sich an
rechtlich
unabhäng
Kampfe
lassen,
wegen de
In die
erlebt
Niemand
Belgien
Belgien
erfolgt
Mike Pells
Copyright
Fortsetzung
„Das Schiff
Die alle
Kriegsgefi
für die
Bachmann.
Wehmann.
„Sind Koch
um hab
„Jamoht“
„Nuricht,
Vierhundert
Diele pur
„Alle und
Nuricht
Kücher r
er noch
„Kochung
„Sag dem
Sag dem
Sag dem
Hüßchen

